

Hohenstein-Ernstthal

Amtsblatt



Anzeiger

für
das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Güttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Calberberg, Grumbach, Zirschheim, Rühlsnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Rühl.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 1.80 Mk., monatlich 60 Pfg. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 1.80 Mk., monatlich 60 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 2.22 Mk., monatlich 74 Pfg. Für die Rückgabe unerlangter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher
Nr. 11.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpuszeile 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., im Reklameteil 40 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Zwangsweiser Einbringung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 50

Postfachkonto:
Leipzig 23464.

Freitag, 2 März 1917.

Bankkonto: Chemnitzer
Bankvereln, Chemnitz.

67. Jahrg.

Amerikas Ueberseeschifffahrt stillgelegt.

Der Tauchboot-Krieg

Die neueste Schiffverlustliste der Entente meldet nächst der „Laconia“ drei weitere große englische Dampfer und einen griechischen Dampfer, der für britische Kriegszwecke beschlagnahmt worden war. In Queenstown trafen nach einer „Progress“-Meldung nebst den von der „Laconia“ Erreichten auch eine Anzahl Passagiere eines anderen versenkten englischen Dampfers ein. Der Eindruck der jüngsten Versenkungsnotifikationen ist um so nachhaltiger, als im französischen Mittelmeer und in den atlantischen Häfen die seit Wochenbeginn sicher erwarteten Lebensmittelschiffe ausgeblieben sind.

Laut dem „Bürger Tagesanzeiger“ meldet die von englischer Seite bediente „Neue Korrespondenz“ aus Syrakus, daß am 10. Februar ein italienisches Schiff versenkt wurde. Das Schiff hatte 94 Mann Besatzung und 50 Passagiere verschiedener Nationalitäten an Bord. Es wurde ohne vorherige Warnung torpediert. Die Passagiere konnten sich in Schuppen retten. In einer derselben befanden sich 3 Schweißer, 1 Griechin, 1 deutsche Frau, 2 Oesterreicher, 10 Mann der Besatzung, ferner 2 Soldaten und ein Kind. Diese Schuppe wurde eine Zeitlang von dem deutschen Tauchboot beschleppt und später von einem englischen Schiff aufgenommen. 5 Personen sind dann gestorben. Der Kapitän des Schiffes wurde verletzt.

Aus Stockholm meldet das „S. T.“: Nach einem Telegramm, das das norwegische Auswärtige Amt vom Vizekonsul in Newhaven erhielt, wurde der Dampfer „Vigda“, von Newhaven nach Nantes mit Kohlen unterwegs, von einem deutschen U-Boot torpediert. Ein englisches Patrouillenschiff legte die Besatzung in Newhaven an Land.

Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Christiania hat das deutsche U-Boot, das, wie gemeldet, vor einiger Zeit in der Nähe von Hammerfest arbeitete, neun fast armierte russische Dampfer versenkt, die Rußland in Südamerika angekauft hatte und die auf der Reise nach Romanow waren.

Nichtbefolgung eines guten Rats.

Eines unserer Unterseeboote hat am 6. Februar mittags etwa 30 Seemeilen westlich der Scilly-Inseln im Sperrgebiet den holländischen Dampfer „Zafatra“ angetroffen. Es wurde festgestellt, daß der Dampfer sich mit Getreide für die holländische Regierung auf dem Wege nach Rotterdam befand. Da die Schonfrist für neutrale Schiffe in dem fraglichen Gewässer noch nicht abgelaufen war, wurde der Dampfer entlassen, ihm aber die in dem Gebiet zu verlassen, um zu sehen, das Sperrgebiet zu verlassen und nördlich und östlich desselben nach Holland zu fahren. Außerdem wurde ihm ein Plan des deutschen Sperrgebietes mitgegeben. Trotz der dringenden Warnung setzte der Dampfer seine Fahrt in Richtung auf den Kanal fort. Die „Zafatra“ hat — ob freiwillig oder unfreiwillig, ist hier nicht bekannt — den englischen Hafen Dartmouth oder Falmouth angelaufen. Die Folge davon war, daß sie sich später unter dem am 22. Februar aus diesen Häfen ausgelaufenen und bei den Scilly Inseln versenkten holländischen Dampfern befand.

Die Stilllegung des amerikanischen Ueberseeverkehrs.

Die „Agentur Radio“ berichtet aus New York: Die vollständige Stilllegung des Verkehrs mit Europa hat in den amerikanischen Handels- und Industriekreisen zunehmende Unzufriedenheit hervorgerufen. Die aus dem Innern des Landes kommenden Waren für Mitteleuropa liegen schiffslos in den Häfen.

Baseler Blätter berichten aus New York: „Evening World“ meldet, daß seit Beginn des Februars mehr als 350 fällige Dampfer die Ausfahrt aus den amerikanischen Häfen nach Europa aus Furcht vor den feindlichen Tauchbooten verweigern.

Zubel in Italien über die Ankunft der „Orleans“ in Bordeaux.

Die italienischen Blätter drücken in überschwenglichen Worten ihre Genugtuung über die Ankunft der „Orleans“ in Bordeaux aus. Der „Corriere della Sera“ erklärt, daß die sichere Ankunft des Dampfers beweist, daß Deutschland fürcht empfindet, Amerika zum Kriege herauszufordern.

Die Italiener sollten ihren Jubel etwas eindämmen: Sie könnten bald Anlaß zum Wehklagen haben. Die Ankunft der „Orleans“ in Bordeaux bedeutet für das Verhältnis von uns zu Amerika gar nichts. Da die „Orleans“ länger als 2 Wochen zur Ueberfahrt nach Bordeaux gebraucht hat, so ist anzunehmen, daß sie — trotz aller ruhmredigen englischen Behauptungen — das Sperrgebiet umfahren hat und erst an der Grenze zwischen Spanien und Frankreich das gefährliche Gebiet betreten hat. Von Santander bis an die Grondbombung ist aber ein Rahensprung, sobald es wohl möglich ist, daß sie dort, zumal wenn sie die Nacht und den Nebel zur Fahrt benutzte, unseren U-Booten unbemerkt entgleiten konnte. Außerdem ist es, wie schon der Kanzler am Dienstag ausführte, unmöglich, alle Schiffe, die das Sperrgebiet durchfahren, anzuhalten; dazu gehörten viel mehr U-Boote, als wir tatsächlich besitzen. Den Versuch, uns herauszufordern, möchten die Amerikaner aber lieber unterbleiben lassen; merkwürdig wird, wird verfeht, ohne Ansehen der Nationalität, das hat erst gestern wieder Staatssekretär Zimmermann mit aller Deutlichkeit erklärt.

Wilson hat seinen „Fall“.

Die „Aöln. Stg.“ meldet aus Amsterdam: Wie jetzt bestimmt mitgeteilt wird, sind, nachdem sämtliche Mitglieder der „Laconia“ sich in die Boote begeben hatten, in einem von diesen eine Frau und ihre Tochter, Amerikanerinnen, infolge Erschöpfung gestorben. Daher ist der englisch-amerikanische Nachrichtenendienst an der Arbeit, die Sache als einen zweiten „Lusitania“-Fall hinzustellen, wobei die Zahl der Opfer nichts ausmache. Die Hauptsache sei, daß die Amerikaner umgekommen seien, und das sei die Tatsache, die Wilson erwartete.

Der Widerstand gegen die Erteilung von Vollmachten an Wilson.

Die „Daily Mail“ meldet aus New York: Niemals wurde eine Rede Wilsons so gleichgültig aufgenommen als seine jüngste Rede im Kongreß. Nicht, als ob das amerikanische Volk sich in den Krieg stürzen will, aber man ist enttäuscht, daß der Präsident keine praktischen Vorschläge hatte, durch die die unerträgliche Lage erleichtert werden könnte. Abgesehen von den Blättern, die sich in englischen Händen befinden, herrscht bei der übrigen Presse große Weigerung zu verlangen, daß der Kongreß sich weigern solle, dem Präsidenten irgendwelche diktatorischen Befugnisse zu übertragen.

Das holländische Nieuwe Bureau erzählt aus Washington: Nach der Rede des Präsidenten haben die Führer der Republikaner wissen lassen, sie seien noch immer dagegen, die geforderten Vollmachten zu erteilen. Es herrscht die Auffassung, daß die Forderung einen ungeheuren Vorstoß zur Erteilung diktatorischer Vollmachten darstelle. Ein Amsterdamer Blatt berichtet über den Eindruck, den die Rede Wilsons in London machte, folgendes: Wilsons Vorschlag an den Kongreß kam zwar plötzlich, aber nicht unerwartet. Es fällt auf, in welcher vorsichtigen und fast entschuldigenden Wendungen er abgefaßt ist. Wilson erklärte, daß er noch nicht an den Krieg denke, aber für alle Fälle wünsche, den Kongreß hinter sich zu haben.

Französische Pressestimmen zu Wilsons Kongressrede.

Die Aufnahme von Wilsons Kongressrede in Paris ist ziemlich kühl. Die Zeitungen „Radical“ und „Clair“ sagen, es sei noch ungewiß, ob die Majorität des Kongresses die Bewaffnung der Handelsflotte erlaubt. Was übrigens aus technischen

Gründen schwierig sei, falls England nicht durch Sanktionierung seiner eigenen Flotte Hilfe leisten könne. „Bonnet Rouge“ glaubt, Wilson werde trotzdem die bestmögliche Taktik beibehalten. „Matin“ sagt: Nach dem dreiwöchigen Zustande der Kriegsfahrt sei die militärische Lage derart verschlechtert, daß Wilson notgedrungen einen Ausweg suche. „Temps“ findet, Amerika nähere sich immer mehr dem Kriege.

An der Ostfront und am Cernobogen.

Die Vorgänge stehen bei Nachlässen der Rüste im Zeichen der Vorbereitung der großen Operationen für Frühjahr und Sommer. Die Versuche der Russen, durch blutige Massenkämpfe am Tartaupass am 23. und 24. Februar einen eventuellen späteren Einbruch nach Ungarn vorzubereiten, blieben erfolglos und wurden bisher nicht wieder aufgenommen. Dagegen brachen deutsche Vorstöße an der Valepunastraße neuen Gewinn, welcher die bisherigen Erfolge bei Rostecanesti planmäßig weiter ausbaute. Auf der Höhe südlich der Straße wurden die für die deutschen Linien unabweisbar feindlichen Anlagen zerstört und die Unterstände gesprengt. Die Höhe nördlich der Straße wurde für dauernde Besetzung eingerichtet und an das deutsche Grabensystem angegliedert. Die Größe des Erfolges geht, abgesehen von dem hohen praktischen Wert der eroberten Höhen, schon aus den im Heeresbericht gemeldeten erheblichen Beutezahlen hervor.

Seit dem 27. Februar verühten die Italiener neuerdings, die Höhe 1050 im Cernobogen zu nehmen, gegen die sie bereits mehrere Male vergeblich angetaumt sind und deren angebliche Eroberung die italienische Presse bereits mehrmals unter bombastischen Aufregung verkündete. Nach hartem, mittags einsetzendem Artilleriefeuer gingen dicke Schwärme in zwei Kilometer Breite gegen die Bergkuppe und die anschließenden Höhen vor. Wo die Stürmen bis an die Gräben herantamen, wurden sie mit Handgranaten blutig abgewiesen. Nur in einem kleinen Grabensüß vermochten sie einzudringen, ein sofortiger Gegenstoß warf sie jedoch wieder hinaus. Das Verfolgungsfeuer, in das die Fliehenden gerieten, verdoppelte die Verluste der Angreifer. Die gesamte Stellung verblieb reiflos im deutschen Besitz.

Englands Arbeiter fordern Rücknahme von über 100 000 Einberufungen.

Die Londoner „Daily Chronicle“ schreibt, die Trade-Union reichte ein Memorandum an interessierten Kreise, die für die Fortsetzung des allgemeinen Wirtschaftskrisislands betreiben eine lebhaft Agitation für eine Einberufungen der letzten Tage, die gesamte Arbeiter und Werkleiter betreffen, als notwendig bezeichnet.

Produktionszwang in England?

In England verfuht man in 11. Stunde die Landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Der Generaldirektor für die Erzeugung von Lebensmitteln empfiehlt nach einem Telegramm des Allgemeinen Handelsrats folgende Maßregeln: 1. an allen sieben Tagen der Woche zu arbeiten; 2. die Sonntagsarbeit in den Kirchen von freier Hand anzunehmen; 3. Tag und Nacht dar, welche er zu ihrer glücklichen Lösung zu pflegen; 4. die gelehrten Arbeiter nicht zum treffen habe. Nach der Rede des Ministers Militärdienst einzubereiten; 5. bürgerliche und schlag der fortgeschrittenen Block einen Antrag und auch die zur Landesverteidigung bestimmten organisierten, um wirksamer die durch den Krieg ten Truppen jenseitig dazu heranzuziehen; 6. geschaffenen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Ver die Rekrutierung der Frauen zur Landarbeit; 7. die kleinen Landwirte zu unterstützen. Der Generaldirektor für die Lebensmittelversorgung des Landes erklärte, daß nur sechs Wochen übrig seien, um Reichrat seine Sitzungen wieder auf und das Land für die heurige Ernte zu bestellen, besprach mehrere weniger wichtige Vorlagen.

Mit der Sonntagsarbeit würde man eine volle Woche gewinnen. Es sollen überall Motorleuchte eingesetzt werden, die nach Einbruch der Dunkelheit beim Licht der Acetylenlaternen weiterarbeiten.

Aus dem Haag erzählt die „Zeit. Stg.“: Die „Times“ berichten über großen Kartoffelmangel in England, der zum Teil dadurch hervorgerufen wird, daß die Landwirte die Kartoffeln zurückhalten, weil Höchstpreise festgesetzt wurden. In Liverpool, wo sonst 400 Tonnen an den Markt gebracht werden, waren nur 3 Tonnen vorhanden, und in 75 Prozent der Läden war keine Kartoffel mehr zu erhalten. Der gleiche Kartoffelmangel wird von allen anderen Märkten gemeldet.

Die weibliche Zivildienstpflicht in England.

Das englische Kriegsamt hat jetzt bekanntgegeben, daß Frauen, die für die Armee in Frankreich angeworben werden wollen, 20 bis 40 Jahre alt sein müssen. Die Frauen sollen für die Dauer eines Jahres Dienst nehmen und als Schreiberinnen, Köchinnen, Wäscherinnen, Kutscherinnen und Telefonistinnen verwendet werden.

Dänisches Uebereinkommen mit Deutschland und England.

Nach langen Verhandlungen ist es, wie „Apostrofien“ meldet, der dänischen Regierung gelungen, eine Uebereinkunft mit England und Deutschland über eine Verteilung der dänischen Fischausfuhr nach beiden Ländern zu erzielen. England erlaubt die Einfuhr von Petroleum und Fischgeräten für die dänische Fischerei. England und Deutschland sollen je 50 v. H. des Exports erhalten. Es dürfen bis zu 50 000 Tonnen sämtlicher Sorten jährlich ausgeführt werden, nachdem der eigene dänische Verbrauch gedeckt ist.

Man vergleiche dazu die Ausführungen des Staatssekretärs Zimmermann in der gestrigen Reichstags Sitzung.

Russische Friedenssehnsucht.

Die „Ruskoje Znamia“ behandelt in einem Leitartikel die Frage, wer in Rußland eigentlich noch für die Fortführung des Krieges sei. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß kein wirklicher Patriot unter den gegenwärtigen Verhältnissen die sofortige Beendigung des Krieges wünschen könne, andererseits stellt es fest, daß es eigentlich nur noch die Heereslieferanten, die Fabrikanten von Kriegszugewehnen und die Bürokraten seien, kurz alle finanziell an interessierten Kreise, die für die Fortsetzung des Krieges eintreten. Verschiedene Parteien Rußlands betreiben eine lebhaft Agitation für eine möglichst baldige Beendigung des Krieges, da sie von einer weiteren Verlängerung des Krieges nur neues Unheil für Rußland erwarten.

Wiederaufnahme der Duma-Zaung.

Die russische Reichsduma nahm am Mittwoch nachmittags wieder ihre Sitzungen auf, deren erste, so meldet der amtliche Petersburger Telegraph, in vollkommener Ruhe verlief. Nach einer patriotischen Ansprache des Präsidenten sprach 1 1/2 Stunden der Landwirtschaftsminister über die Ernährungspolitik der Regierung und besonders über die Gegenstände der Ernährung. Er legte die Maßnahmen dar, welche er zu ihrer glücklichen Lösung zu treffen habe. Nach der Rede des Ministers schlug der fortgeschrittenen Block einen Antrag vor, welcher die Regierung auffordert, sich zu organisieren, um wirksamer die durch den Krieg getreter verschiedenen Parlamentsfraktionen sprachen sodann über die innere Lage des Landes. Am gleichen Tage nahm auch der Reichsrat seine Sitzungen wieder auf und

Bestandsaufnahme von Schuhwaren.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Mit der Aufgabe und Einsammlung der darin erwähnten Meldefarten sind vom Königlichen Ministerium des Innern die Stadträte der Städte mit revidierter Städteordnung und die Amtshauptmannschaft beauftragt.

Die Meldepflichtigen (§ 4 der Bekanntmachung) haben die erforderlichen Meldefarten bei ihrer Ortsbehörde zu entnehmen und **spätestens am 14. März** ausgefüllt dort wieder abzuliefern.

Glauchau, den 28. Februar 1917.

Die Königlich Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über eine Bestandsaufnahme von Schuhwaren.

Vom 28. Februar 1917.

Für die Erfüllung der der Reichsbekleidungsstelle obliegenden Aufgaben ist die Ermittlung der im Deutschen Reich gegenwärtig vorhandenen Vorräte an Schuhwaren erforderlich.

Auf Grund des § 8 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1420) wird deshalb folgendes bestimmt:

§ 1.

Am 12. März 1917 ist eine allgemeine Bestandsaufnahme von Schuhwaren vorzunehmen. Schuhwaren im Sinne dieser Bekanntmachung sind solche, die ganz oder zum Teil aus Leder, Web-, Wirt- oder Strickwaren, Filz oder filzartigen Stoffen bestehen. Schuhwaren, welche vollständig aus Holz hergestellt sind, unterliegen nicht den Vorschriften dieser Bekanntmachung und sind daher nicht meldepflichtig.

§ 2.

Meldepflicht besteht für die mit Beginn des 12. März 1917 vorhandenen gesamten Vorräte der in § 1 Abs. 1 und 2 bezeichneten Gegenstände, soweit nicht in § 3 Ausnahmen festgesetzt sind. Die Bestandsaufnahme hat nach folgenden Warengruppen getrennt zu erfolgen:

Warengruppe 1: Arbeitsschuhwerk aller Art (einschließlich Schafstiefel)

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
- d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
- e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Hierzu gehört schweres Schuhwerk mit genagelten oder genähten Unterböden, dessen Schaft aus Spalt-, Rind-, Kof-, Wild- oder ähnlichem Tierleder besteht, gleichgültig ob die Sohle aus Leder, Holz oder anderen Geshstoffen hergestellt ist.

Warengruppe 2: Kräftiges Leder-Strassenschuhwerk aller Art.

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe 36—39),
- d) für Kinder (Größe 27—35),
- e) für Kinder (Größe 26 und kleiner).

Hierzu gehört im wesentlichen Schuhwerk aus Kofleder jeder Art außer Koflack, aber einschließlich Kofschneureaue, ferner aus Kofboz-, Rindboz-, Mastboz- und Rindleder, Spalt und dergleichen, ohne Rücksicht auf Schaft oder Bodenaustrichtung, einschließlich Holz- oder sonstigen Ersatzsohlen.

Warengruppe 3: Anderes Lederstrassenschuhwerk aller Art, soweit nicht unter 2 oder 4 genannt.

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe 36—39),
- d) für Kinder (Größe 27—35),
- e) für Kinder (Größe 26 und kleiner).

Hierzu gehört im wesentlichen Schuhwerk aus farbigen oder schwarzem Chevreau-, Wozalbo- oder sonstigem Kofleder, Ziegen-, Schaaf-, Sämisch-, Kof-, Fuchsleder und dergleichen, auch mit Stoffeinsätzen, ohne Rücksicht auf Schaft oder Bodenaustrichtung, einschließlich Holz- oder sonstigen Ersatzsohlen.

Warengruppe 4: Strassenschuhwerk aus Ledrleder

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe 36—39),
- d) für Kinder (Größe 27—35),
- e) für Kinder (Größe 26 und kleiner).

Hierzu gehört auch Schuhwerk aus Ledrleder mit schwarzen oder farbigen Leder- oder Stoffeinsätzen.

Warengruppe 5: Reistiefel aller Art.

Warengruppe 6: Langschuhe, Gesellschaftsschuh, Zugschuh und Zugspantoffeln.

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
- d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
- e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Hierzu gehören im wesentlichen Langschuhe und Gesellschaftsschuh aus Leder und Stoffen aller Art mit leichter gewendeter Sohle und Holzablagen, ferner Hauschuh oder Pantoffeln mit Ablagen von mehr als 3 cm Höhe aus Seide, Atlas, Brokat, Sammet, Ledrleder (nicht Lackledr) oder Wildleder (Sämischleder).

Warengruppe 7: Sandalen aller Art.

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
- d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
- e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Warengruppe 8: Hauschuh und Pantoffeln aller Art, soweit nicht unter Warengruppe 6 bereits genannt.

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
- d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
- e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Warengruppe 9: Straßen- und Sportchuh aus Stoffen aller Art.

- a) für Männer in allen Größen,
- b) für Frauen in allen Größen,
- c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
- d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
- e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

§ 3.

Von der Meldepflicht ausgenommen sind:

1. Schuhwaren, die sich im Eigentum der deutschen Militär- oder Marinebehörden befinden oder über die Lieferungs- oder Herstellungsverträge mit einer deutschen Militär- oder Marinebehörde bestehen,
2. die im Gebrauch befindlichen Schuhwaren,
3. Schuhwaren, die sich in den Haushaltungen befinden und deren gewerbsmäßige Bewertung nicht in Aussicht genommen ist,
4. Gefüllingschuh ohne Absatz bis zur Größe 22 (15 cm) einschließl.,
5. Gummischuh.

§ 4.

Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, alle wirtschaftlichen Betriebe, alle öffentlichen Körperschaften und Verbände, die Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen haben oder bei denen sich solche unter Zollaufsicht befinden. Die nach Beginn des 12. März 1917 eintreffenden, aber vor diesem Tage abgeforderten Vorräte sind vom Empfänger sofort nach Eingang der Ware zu melden.

Vorräte, die sich mit Beginn des 12. März 1917 nicht im Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind sowohl von dem Eigentümer als auch von demjenigen zu melden, der sie zu dieser Zeit in Gewahrsam hat.

Neben demjenigen, der die Ware in Gewahrsam hat, ist auch derjenige zur Meldung verpflichtet, der sie einem Lagerhalter oder Spediteur zur Verfügung eines Dritten übergeben hat. Ist der Eigentümer ein Reichsausländer, so ist außer dem Namen und Wohnort desselben auch seine Staatsangehörigkeit anzugeben.

Spediture und Lagerhalter, welche wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie meldepflichtige Gegenstände in Gewahrsam haben, sind verpflichtet, die zur Vornahme der Erhebung erforderlichen Auskünfte bei den Abfordern oder Empfängern dieser Gegenstände oder bei ihren Auftraggebern einzuholen. Wird die Auskunft nicht erteilt oder erscheint sie dem Speditur oder Lagerhalter nicht glaubhaft, so ist der Speditur oder Lagerhalter verpflichtet, dies der Reichsbekleidungsstelle anzuzeigen.

§ 5.

Die Meldungen dürfen nur auf den hierfür vorgeschriebenen amtlichen Meldefarten erstattet werden. Meldepflichtige, welche Eigentümer der zu meldenden Gegenstände sind, haben die Meldefarten Ia und IIa, alle sonstigen Personen die Meldefarten Ib und IIb zu benutzen.

Die Meldefarten müssen spätestens am 17. März 1917 bei den Amtsstellen eingereicht sein, die von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bezeichneten Behörden mit der Einsammlung beauftragt sind.

Mitteilungen irgendwelcher Art dürfen auf den Meldefarten nicht vermerkt werden.

Die Reichsbekleidungsstelle behält sich vor, Muster der angemeldeten Waren einzufordern.

§ 6.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden werden über die Ausführung der Bestandsaufnahme weitere Ausführungsbestimmungen erlassen.

§ 7.

Wer den Vorschriften von § 1, Abs. 1 und 2, der §§ 2, 4, 5, oder den nach § 6 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird nach § 20, Nummer 1 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni 1916 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Berlin, den 28. Februar 1917.

Reichsbekleidungsstelle.

Scheimer Rat Dr. Weuller,
Reichskommissar für bürgerliche Kleidung.

Das im Grundbuche für Hohenstein Blatt 461 auf den Namen des Destillateurs Ernst Hermann Keffler in Hohenstein-Ernstthal eingetragene Grundstück soll am 7. Juni 1917 vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 1 Fktar 60,7 Ar groß, mit 401,66 Steueranteilen belegt, nach dem Brandkassensteuereinschätzung mit 35 190 Mk. zur Landesbrandkassen versteuert und einschließl. des auf 3177 Mk. bewerteten Inventars auf 50 017 Mk. geschätzt. Es ist zum Betriebe einer Gastwirtschaft (genannt „Zum Bergmannsgrub“) und der Landwirtschaft eingerichtet, besteht aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Tanzsaal, Pferdeallgeäude mit Weinniederlage, Gartengebäuden, Scheunen- und Wagenschuppen-Gebäude, Kegelgebäude mit Bahnanbau, Schieß- und Zielgebäude, Gewächshäuser mit Vorbau, verschiedenen Kellern und Garten.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. Dezember 1916 verlautbarten Versteigerungsvertrages aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Festsetzung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hohenstein-Ernstthal, am 26. Februar 1917.

Königliches Amtsgericht.

3. öffentliche Stadtverordneten-Sitzung Freitag, den 2. März 1917, abends 8 Uhr

im Sitzungssaale des Rathauses.

Hohenstein-Ernstthal, am 1. März 1917.

E. Hoff,
Vorsteher.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Ratsmitgliedes. 2. Antrag eines Ratsentschlusses.

Darauf geheime Sitzung.

1. Rädtliche Verkaufsstelle.

Freitag 8—11: Hafersoden, Bld. 55 Pfg. Jede Haushaltung 1 Paket. Lebensmittelnarten gelb 1136—1365 und 1531—1700. Nährhefe, Fischkölle, Fleischbrühwürfel.

2. Rädtliche Verkaufsstelle.

Freitag Schweinefleisch und Wurst. Grün und gelb 4091—4295: 8—10 u. grün 401—485: 10—12.

Sirap, Pfund 32 Pfg.

Jede Person 1/4 Pfund. Gelb 51—140: Schneider, Altmarkt, 141—236: Straß, Karistraße, 237—335: Fioß, Weint. Uerstr., 336—420: Reuther, Bismarckstr., 421—557: Ullig, Pfarrhain, 558 bis 690: Müller, König Albertstr., 691—825: Werner, Zillplatz, 826—955: Wegel, Marktstr., 956 bis 1050: Selbig, Gemenigerstr., 1051—1138: Klitz, Hofstr.

Graupen, Pfund 30 Pfg.

Jede Person 1/4 Pfund. Gelb 801—940: Beck, Altmarkt, 941—1135: Ullig, Schubertstr., 1366—1530: Lorenz, Güttinggrund. (1136—1365 erhalten Hafersoden in der 1. Verkaufsstelle). Grün und gelb 3716—4120: Konsumverein.

Deutscher Reichstag.

Am Bundesratssitz: Reichskanzler von Bethmann Hollweg, Staatssekretäre Helfferich, Graf Rödern, Zimmermann, Kräfte, Lisco.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die erste Beratung des Etats und der Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Schiffer (natl.): Dem warmen Dank für unser Heer und unsere Marine schließen wir uns voll an. Wir gehen ersten Kampfen entgegen und stehen noch schwereren Kampfen gegenüber als bisher. Das kann uns nicht schwanken machen. Wir müssen das Beste und Tiefste aus der Seele und Kraft unseres Volkes herausholen, um das Ende und nicht werden. Den Flämen und Wallonen muß der Sieg herbeizuführen. Die Entschliebung geholfen werden. In unseren inneren Ver-

hältnissen besteht nicht die Gefahr, daß nicht genug da ist, aber die Art und Weise der Verteilung läßt zu wünschen übrig. Die neuen Steuern haben den Vorzug der Einfachheit für die Veranlagung. Wir sind aber nicht frei von Bedenken. Die Zukunft liegt noch unklar vor uns, als daß wir jetzt schon praktische Maßnahmen treffen könnten. Es kommt auch nicht darauf an, das Volk zu belohnen, sondern nur die Schließung zu ziehen aus den Tatsachen. Nach dem Krieg werden wir die Lösung ungeheurer Aufgaben herangehen. Dann wird die Zukunft in dem Glanze und der Herrlichkeit ersehen, wie wir es wünschen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Zimmermann:

In der Tat haben zwischen uns und Dänemark Verhandlungen stattgefunden. Sie sind durch eine Indiskretion der dänischen Presse vorzeitig bekannt geworden.

über den genauen Inhalt kann ich hier nichts mitteilen. Soviel aber kann ich sagen, daß die Abrede, falls sie überhaupt zur Ausführung gelangen sollte, unseren wirtschaftlichen und militärischen Interessen nach dem übereinstimmenden Urteil aller in Betracht kommenden Ressorts durchaus Rechnung trägt, da sie zeitlich begrenzt ist und sich auf eine beschränkte Menge von Lebensmitteln bezieht. Man braucht aber nicht zu befürchten, daß diese Abrede unsere Handelsverträge gegen England irgendwie durchlöchern könnte. (Beifall.) Der Angelegenheit unserer Verhandlungen mit Amerika liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 18. Februar erhielten wir durch Vermittlung des schweizerischen Bundesrats ein Telegramm des Schweizer Gesandten in Washington, der nach Abschluß der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten dort unsere Interes-

sen vertritt. Das Telegramm hatte folgenden Inhalt: In Amerika ist der Wunsch vor- handen, den Krieg zu vermeiden. Falls die deutsche Regierung Geneigtheit zeigen würde, über die Blockade mit der Union zu verhandeln, sei er, der Schweizerische Gesandte, gern bereit, die Sache weiter zu betreiben. Alle Redner haben eine Annahme ausgesprochen, dass der Abbruch der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu bedauern sei. Zweifelloserweise noch mehr zu bedauern, wenn es mit Amerika scheitern sollte. Zwischen beiden Ländern die besten freundschaftlichen Beziehungen. Politische Gegensätze zwischen den beiden Ländern gibt es nicht. Wirtschaftlich sind wir mehr oder weniger aufeinander angewiesen, ja man kann sagen: Beide Länder sollten wirtschaftlich Bundesgenossen sein. Es ist daher begründet, dass die Regierungen sich angelegen- lich bemühen, alles zu vermeiden, was den Konflikt gefährden und was einen Krieg herbeiführen könnte. Aus diesen Erwägungen von dem Wunsch, uns mit Amerika zu verständigen, so- weit in Erfüllung gehen, das wir nicht in Konflikt geraten mit unserer Handels- politik, die gegen unsere Feinde nicht aufrechtzuerhalten wir unter allen Umständen fest entschlossen sind. (Beifall.) Wir haben uns erst nach dem Verlauf unserer Verhandlungen mit Amerika, unter Berücksichtigung des Friedensangebots und der höflichen Zurückweisung durch unsere Feinde. Unserem Verhandlungsversuche haben die Gegner ihren Bemerkungen entgegenge- setzt, und so blieb uns nichts weiter übrig, als den letzten und besten Wasse zu greifen. (Zu- stimmung.) Nachdem wir uns dazu entschlossen haben, gibt es selbstverständlich keinen Grund mehr, die Verhandlungen mit Amerika darauf beschränkt, zu ja- gen: Deutschland sei nach wie vor zu Ver- handlungen mit Amerika bereit unter der Vor- aussetzung, dass die Handelsperre gegen unsere Feinde nicht beibehalten werde. Wir haben die- lediglich unsere Bereitwilligkeit angedeutet, über die Freigabe von Personensachen in nähere Verhandlungen mit Amerika einzutreten. Der Schweizerische Gesandte in Washington hat unsere Mitteilung weitergege- ben und hat darauf eine sehr höfliche hal- tene Note von Herrn Lan- g erhalten. Lang sagt, er sei vom Präsidenten Wilson beauftragt worden, zu sa- gen, dass die Regierung der Vereinigten Staa- ten sehr gern bereit wäre, mit Deutschland zu verhandeln, wenn Deutschland sein Entschluß vom 31. Januar widerrufen. (Lachen.) Davon konnte natürlich keine Rede sein, und damit waren die Verhandlungen, bevor sie überhaupt eigent- lich begonnen hatten, als gescheitert zu betrach- ten. (Zehr richtig!) Der Abgeordnete Schiffer hat seinem Bedauern Ausdruck gegeben über den Unfall, der den holländischen Dampfer zugefallen ist. Ich schreibe mich namens der kaiserlichen Regierung diesem Bedauern an. (Beifall.) Es ist unersetz- lich verhängnisvoll, wenn durch einen Unfall ein Schiff verloren geht, das für die kaiserliche Regierung keine Schuld. (Zustimmung.) Die holländischen Redner hatten den berechtigten Wunsch, wertvolle Schiffe und wertvolle Ladungen aus englischen Häfen herauszubekom- men. Man hatte ihnen zunächst den 10. Fe- bruar zur Verfügung gestellt. Die Schiffe wa- ren aber noch nicht reif. Für den 22. Februar wurde eine relative und für den 17. März eine absolute Sicherheit gewährt. Un- sere Marine hat das Zfrige getan, um trotz unersetzlicher Hindernisse auf die relative Sicher- heit alle Unterseeboote zu erreichen. Das scheint offenbar nicht gelungen zu sein, denn die Schiffe sind wohl von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Ein amtlicher Bericht dar- über liegt allerdings noch nicht vor. Ich kann nur nochmals dem ausdrücklichen Bedauern der kaiserlichen Regierung Ausdruck geben, daß die holländische Handelsmarine so wertvolle Schiffe verloren hat. Aber dieser Vorfall beweist, wie gefährlich ein Befahren des Sperrgebietes ist. Ich möchte noch- mals dem Wunsch Ausdruck verleihen, die neu- trale Schifffahrt möge derartige Gefahren auf- geben, sie möge ihre Schiffe anlegen. Sie würde damit ihren eigenen Interessen dienen und auch wesentlich dazu beitragen, daß das erste Ziel der Freiheit der Meere schnell er- reicht wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Mertin (D. F.): Wir danken der obersten Heeresleitung für die Entschlie- ßung in der U-Bootsfrage und dem Staatsse- kretär Lippitz dafür, daß er uns diese Waffe geschmiebet hat. Wir danken auch dem Reichs- kanzler und dem Staatssekretär Zimmermann für die Erklärungen, daß an dem U-Boot- krieg nichts geändert werden wird. Unsere Zugeständnisse an Amerika hat- ten die Voraussetzung, daß Amerika gegen den englischen Auswanderungsstreik eintreten würde. Das ist nicht geschehen. Es ist ausgeschlossen, daß wir angesichts der neueren Vorwommisse auf unsere alten Bedingungen zurückkommen können. Unser Kriegsziel muß sein die mi- litärische Sicherung im Westen und Osten, Ausdehnung unserer Handels- freiheit und Rückgabe unsrer Kolonialbesitz,

Entschädigung für die Kriegskosten. Ge- gen den Zeitpunkt und die mangel- hafte Vorbereitung der Proklamie- rung des Königreiches Polen haben die deutsche Regierung Geneigtheit zeigen würde, um schwere Bedenken. Zu den Kriegs- läufern die Blockade mit der Union zu verhandeln, wir schwere Bedenken. Sei er, der Schweizerische Gesandte, gern bereit, die Sache weiter zu betreiben. Alle Redner haben eine Annahme ausgesprochen, dass der Abbruch der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu bedauern sei. Zweifelloserweise noch mehr zu bedauern, wenn es mit Amerika scheitern sollte. Zwischen beiden Ländern die besten freundschaftlichen Beziehungen. Politische Gegensätze zwischen den beiden Ländern gibt es nicht. Wirtschaftlich sind wir mehr oder weniger aufeinander angewiesen, ja man kann sagen: Beide Länder sollten wirtschaftlich Bundesgenossen sein. Es ist daher begründet, dass die Regierungen sich angelegen- lich bemühen, alles zu vermeiden, was den Konflikt gefährden und was einen Krieg herbeiführen könnte. Aus diesen Erwägungen von dem Wunsch, uns mit Amerika zu verständigen, so- weit in Erfüllung gehen, das wir nicht in Konflikt geraten mit unserer Handels- politik, die gegen unsere Feinde nicht aufrechtzuerhalten wir unter allen Umständen fest entschlossen sind. (Beifall.) Wir haben uns erst nach dem Verlauf unserer Verhandlungen mit Amerika, unter Berücksichtigung des Friedensangebots und der höflichen Zurückweisung durch unsere Feinde. Unserem Verhandlungsversuche haben die Gegner ihren Bemerkungen entgegenge- setzt, und so blieb uns nichts weiter übrig, als den letzten und besten Wasse zu greifen. (Zu- stimmung.) Nachdem wir uns dazu entschlossen haben, gibt es selbstverständlich keinen Grund mehr, die Verhandlungen mit Amerika darauf beschränkt, zu ja- gen: Deutschland sei nach wie vor zu Ver- handlungen mit Amerika bereit unter der Vor- aussetzung, dass die Handelsperre gegen unsere Feinde nicht beibehalten werde. Wir haben die- lediglich unsere Bereitwilligkeit angedeutet, über die Freigabe von Personensachen in nähere Verhandlungen mit Amerika einzutreten. Der Schweizerische Gesandte in Washington hat unsere Mitteilung weitergege- ben und hat darauf eine sehr höfliche hal- tene Note von Herrn Lan- g erhalten. Lang sagt, er sei vom Präsidenten Wilson beauftragt worden, zu sa- gen, dass die Regierung der Vereinigten Staa- ten sehr gern bereit wäre, mit Deutschland zu verhandeln, wenn Deutschland sein Entschluß vom 31. Januar widerrufen. (Lachen.) Davon konnte natürlich keine Rede sein, und damit waren die Verhandlungen, bevor sie überhaupt eigent- lich begonnen hatten, als gescheitert zu betrach- ten. (Zehr richtig!) Der Abgeordnete Schiffer hat seinem Bedauern Ausdruck gegeben über den Unfall, der den holländischen Dampfer zugefallen ist. Ich schreibe mich namens der kaiserlichen Regierung diesem Bedauern an. (Beifall.) Es ist unersetz- lich verhängnisvoll, wenn durch einen Unfall ein Schiff verloren geht, das für die kaiserliche Regierung keine Schuld. (Zustimmung.) Die holländischen Redner hatten den berechtigten Wunsch, wertvolle Schiffe und wertvolle Ladungen aus englischen Häfen herauszubekom- men. Man hatte ihnen zunächst den 10. Fe- bruar zur Verfügung gestellt. Die Schiffe wa- ren aber noch nicht reif. Für den 22. Februar wurde eine relative und für den 17. März eine absolute Sicherheit gewährt. Un- sere Marine hat das Zfrige getan, um trotz unersetzlicher Hindernisse auf die relative Sicher- heit alle Unterseeboote zu erreichen. Das scheint offenbar nicht gelungen zu sein, denn die Schiffe sind wohl von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Ein amtlicher Bericht dar- über liegt allerdings noch nicht vor. Ich kann nur nochmals dem ausdrücklichen Bedauern der kaiserlichen Regierung Ausdruck geben, daß die holländische Handelsmarine so wertvolle Schiffe verloren hat. Aber dieser Vorfall beweist, wie gefährlich ein Befahren des Sperrgebietes ist. Ich möchte noch- mals dem Wunsch Ausdruck verleihen, die neu- trale Schifffahrt möge derartige Gefahren auf- geben, sie möge ihre Schiffe anlegen. Sie würde damit ihren eigenen Interessen dienen und auch wesentlich dazu beitragen, daß das erste Ziel der Freiheit der Meere schnell er- reicht wird. (Lebhafte Beifall.)

Wettervorhersage

Wettervorhersage für morgen:
Meist trüb, keine wesentliche Temperaturände- rung, zeitweise Niederschläge.
Auf dem Rasthof brachte der Mittwoch- abend ein Nebel 6 mm Niederschlag als Schnei- e, höchste Temperatur -8, höchste -6, heute früh -5 Grad, Schneefall, 68 cm Schneetiefe.

Wochen- und Monatsübersicht

Die Musterung der als zitiert untauglich erklärten Wehrfähigen (Geburtsjahrgänge 1895, 1896, 1897, 1898) erfolgt im „Grünen Baum“ in Albers- thal am Montag, den 5. März, vormittags 1/9 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1895, 1896, 1897 aus St. Egidien und Lobdorf; am Donnerstag, den 8. März, vormittags 1/9 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1898 aus denselben Orten; im „Rats- haus“ in Waldenburg am Montag, den 12. März, vormittags 1/9 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1895, 1896, 1897 aus Callenberg, Follen, Grumbach, Langenscheidt, Oberwinkel und Reichen- bach; im „Drei Schwanen“ in Sothen- stein-Ernstthal am Dienstag, den 13. März, vormittags 9 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1895, 1896, 1897 aus Langenberg, Meinsdorf, Ober- lungwitz, Trischheim, Sothenstein-Ernstthal; am Mit- twoch, den 14. März, vormittags 9 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1895, 1896, 1897 aus Gers- dorf und Hermsdorf, ferner vom Jahrgange 1898 die Leute aus Gersdorf, Trischheim, Langenberg, Meinsdorf, Oberlungwitz, Trischheim und Sothenstein-Ernstthal; im „Schützenhaus“ in Vichtenstein am Sonnabend, den 17. März, vormittags 1/10 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1895, 1896, 1897 aus Bernsdorf, Rühnappel und Ritzdorf; am Montag, den 19. März, vormittags 1/10 Uhr für die Leute vom Jahrgange 1898 aus denselben Orten.

Für die Bezirksaus- scheidung am Freitag, den 2. März 1917, vormittags 1/11 Uhr ist u. a. folgende Tagesordnung festgelegt: Sitzung der Bezirksaus- scheidung. Vorschlag, Er- wähnung eines bürgerlichen Mitgliedes der verstärkten Ober- richterkommission im Ausschuss für die Sothenstein- Ernstthal. Wahl eines stellv. Vorsitzenden und von drei weiteren Mitgliedern für die neu errichtete Kreisgerichtsstelle. Die Kleingeldfrage. Festsetzung der Entschädigung der Gewerbetreibenden und Kaufmanns- gerichtsrichter für 1916. Verteilung der Reichs- und Staatsbeihilfen zu den Kreisfamilien-Unter- stützungen der Gemeinden für die Monate September bis Dezember 1916. Beihilfensuche. Verteilung der Staatsbeihilfen für Volksernährungszwecke auf die Monate September-Dezember 1916. Belohnung für die Gemeindegewerbetreibenden auf 1916. Besuch einer Gemeinde von Darlehenszinsen-Erlass. Erlass von Bestimmungen für jugendliche Personen.

— Oberlungwitz, 1. März. Herr Gustav Schönfeld von hier, welcher als russischer Dolmetscher im Felde stand, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

— Gersdorf, 1. März. Für tapferes Ver- halten vor dem Feinde wurde Herr Ernst Wolf von hier mit der Friedrich August-Medaille ausgezeichnet. Der Genannte befindet sich jetz. auf Urlaub zur Bergarbeit.

— Gersdorf, 1. März. Mit der Friedrich August-Medaille ausgezeichnet wurde Herr Johannes Schneider, Soldat im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 107.

— Lugau, 28. Febr. Im Lugauer Steintohlenbauverein wird für 1916 eine Dividende von wieder 10% auf die Stammaktien und wieder 15% auf die Prioritätsaktien vorgeschlagen. Die Haupt- versammlung findet Sonnabend, den 24. März, vor- mittags 1/12 Uhr, in der „Grünen Tanne“ in Zwickau statt.

— St. Egidien, 1. März. Dem Strecken- arbeiter Herrn Rabe ist das Eiserne Kreuz 2. Kl. und das Hessische Allgemeine Ehrenzeichen für Tapfer- keit verliehen worden.

— Falken, 1. März. Das 94. Lebensjahr vollendet heute Donnerstag der Privatier und frühere Besitzer des hiesigen Gasthofs Herr Karl Rudolph. Trotz seiner 94 Jahre ist Herr Rudolph, der einer von denen ist, die auch im hohen und höchsten Al- ter jung bleiben, noch sehr rüstig. Mit großem Eifer liest er täglich die Zeitung und zeigt nament- lich für die Kriegsergebnisse großes Interesse.

— Callenberg, 1. März. In Anerkennung seiner besonderen vaterländischen Beteiligung hat der König dem Fabrikexpedienten Herrn Ernst Diebrach hier das Ehrenkreuz für freiwillige Wohlfahrtspflege im Kriege verliehen.

— Ahmannsdorf bei Waldenburg, 28. Febr. Mitte voriger Woche abends wurde der Gutsbesitzer- wirtwe Wilhelmine in deren Abwesenheit aus der Wohnstube 450 Mark Geld gestohlen. Als Diebe wurden die Dienstmädchen Hilgert und Köpfer ermit- telt, die selbiger Diebstahl auch bei der Befragung ver- klagt sind. Sie waren auch an jenem Abend dort und haben gesehen, wie die 13jährige Tochter der Wilhelmine das Geld in den Tischkasten legte. Nachts sind die Diebe dann eingestiegen. Das Geld ist der Befragten wieder ausgehändigt worden.

— Zahnsbach bei Thurm, 28. Febr. Einen Unbegriff verlor ein 11 Jahre alter Schulfreiwil- liger, als er während der Abwesenheit des Vaters von einem beladenen Wagen wegzurückte. Als dieser erschien, hatte der Bube bereits die Hälfte der Briefe verkauft und suchte dann das Weite. Der Väter er arg geschädigt haben. Für den Diebstahl beladenen Schulfreiwil- ligen wird dieses Ver- gehen noch ein böses Nachspiel haben.

— Limbach, 28. Febr. Ein Wohlthäter, der seinen Namen nicht genannt haben will, hat Herrn Kreisphysikus Dr. Dörmann für den „Kreis- verband Heimdank“ eine Stiftung von 30 000 Mk. mit der Bestimmung überwiesen, daß der jeweilige Vorstand des Kreisrates die Zinsen zu Weihen für die hauswirtschaftlichen Ausbildung von Töchtern von Kriegsteilnehmern bzw. Kriegswaisen verwendet.

— Planitz b. Zw., 27. Febr. In einem hie- sigen Automobilwerk geriet die Arbeiterin Eitel von hier beim Wägen mit den Haaren zwischen zwei- laufende Wellen, wobei dem Mädchen fast die ganze Kopfhaut abgerissen wurde. Die Verunglückte wurde dem König Krankenhaus Zwickau zugeführt.

— Aue, 28. Febr. In den meisten Haus- haltungen ist bis jetzt der Kaffeefest als völlig wert- los angesehen und darum weggeschmissen worden. Die Zentrale für das Kochwesen in Berlin hat jedoch festgestellt, daß dieser Rückstand ein wertvol- les, vielfach verwendbares Futtermittel bilden kann, und zwar nicht bloß für den Vieh- und auch für den Menschen, sondern auch für den von je- dem Kaffee-Ersatzmittel. An dieser Rückstand soll nunmehr gesammelt werden. An alle Hausfrauen ergeht darum die Bitte, den Kaffeefest zu trocknen, möglichst an der Luft, und an die Hauptsammler- stelle in der Ansbilgerstraße abzugeben. Von hier aus wird er an die Trodenfuttermittel-Gesell- schaft in Berlin abgeliefert. Eine landwirtschaft- liche Schule in unserer Stadt zu begründen, wurde gelegentlich der letzten Bezirksversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Gernitz nach Fre- ientschluß in Aussicht gestellt.

Allgemeine Kriegslage.

Großes Hauptquartier, 1. März 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf beiden Ancre-Üfern ist vor ei- ner Reihe von Tagen aus besonderen Grün- den ein Teil unserer vorderen Stellungen frei- willig und planmäßig geräumt und zur Ver- tiefung in eine andere vorbereitete Linie verlegt worden. Dem Gegner blieb unsere Be- wegung verborgen. Umsichtig handelnde Nach- hupposten verhinderten seine nur zögernd vor- rührenden Truppen an kampfsloher Besitznahme des von uns aufgegebenen zerstörtesen Ge- bietes. Bei überlegenem Angriff be- schlossen die Abteilungen dem Feinde erhebliche Verluste zu, nahmen ihm bis jetzt 11 Offiziere und 174 Mann als Gefangene und 4 Maschi- nenwaffen ab und beherrschten noch heute das Vorfeld unserer Stellungen.

Nach starkem Feuer griffen in den gestrigen Morgenstunden die Engländer bei Le Tran- sloy und Caillly an. Der Angriff schei- terte bei Le Transloy, vor den Hindernissen bei Caillly, wo er auch nachts wiederholt wur- de, im Nachkampf. Eingedrungenen Feind wur- de unter Einwirkung von 20 Gefangenen im Ge- gnerstern Stellungen sind englische Schützengewehre.

Auf dem Westufer der Maas bereitete sich

morgens ein französischer Stab vor. Unser Bemerkungsfeld bereitete seine Durchführung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts Wesentliches.
Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Bei starkem Schneefall war in den Wal- d- parpachen nur auf den Höhen östlich der Wälsch das Geschützfeuer lebhaft. Nördlich der Wälsch trafen die Russen am Morgen nochmals die von uns genommenen Stellungen vergeblich an.

Im Slanic- und Dituztal wur- den kleinere Vorkämpfe, zwischen Subita- und Putna-Tal Angriffe stärkerer Kräfte ab- gegeben.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen
Russische Streifkommandos sind bei Fouci (nördlich von Jociani) und bei Corbul am Sereth vertrieben worden.

Makedonische Front.
Keine besonderen Ereignisse.
Bei Abweisung der italienischen Angriffe östlich von Pralovo im Cornabogen sind 5 Offiziere und 31 Mann gefangen in unserer Hand geblieben.

Der Erste Generalquartiermeister
Rudenborff.

Leipziger Nachrichten.

Leipzig, 1. März. Wie die „Leipz. Abendztg.“ von kirchlicher Seite hört, ist der jächische Bußtag in diesem Jahre vom 7. März auf den 11. März, also auf den Sonntag Oculi, verlegt worden. Außerdem bereiten die Kirchen- behörden einen Sequesterwurf vor, welcher wahrscheinlich im Herbst erscheinen wird und der eine dauernde Verlegung des jächischen Bußtags im März ins Auge faßt. Durch diese kirchlichen Beschlüsse sind auch Maßnahmen der jächischen Re- gierung zu erwarten dergestalt, daß der 7. März diesmal überhaupt nicht als Feiertag, sondern als Wochentag zu betrachten ist. Diese Entscheidung der Ministerien steht der „Leipz. Abendztg.“ zufolge unmittelbar bevor.

Berlin, 1. März. Zur Feier des 50jährigen Bestehens der na- tionalliberalen Partei trafen De- legatione ein vom Reichskanzler Weismann, vom Staatssekretär des Innern Helfferich, vom Kriegsminister v. Stein, vom Mi- nister des Innern v. Löbel, vom Staatsse- kretär des Reichswirtschaftlichen Ausschusses v. Trott zu Solz. Von den Reichstagsfraktionen hatten Gladwinische gefandt die konservativen, das Zentrum, die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei und die Fraktion der Reichspartei. Auch von dem durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Abg. Baffermann war ein in herz- lichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm eingelaufen.

Amsterdam, 1. März. „Allgemein Handelsblad“ meldet aus London, daß bei der Torpedierung des Dampfers „Laconia“ au- ßer den zwei Amerikanerinnen auch zwei me- rikanische Regier-angehörigen seien. — Über nun, Wilson, schnell einschreiten!

Kopenhagen, 1. März. „Narwoje Brestja“ zufolge hat der Kommandant des Petersburger Militärbezirktes bekanntge- geben, er habe in Erfahrung gebracht, daß die Arbeiterverbände eine große regie- rungsfeindliche Kundgebung von dem Dummgebilde planten. Er warnt des- halb vor Handlungen, welche verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen könnten. Personen, die sich fälschlich als Dummglieder ausgeben, fächten die Arbeiter zum Aufruhr aufzustacheln und hätten diesen sogar Waffen geliefert.

Bern, 1. März. Eine Athener Mel- dung des „Matin“ besagt, der Ministerrat habe Maßnahmen erörtert, die es Griechenland er- möglichen sollen, seinen Bedarf an Nah- rungsmitteln selbst zu decken. Das neugebildete Lebensmittelministerium werde von Charilaos geleitet und sei im Zappeion untergebracht.

London, 1. März. Die Regierung von Indien hat der königlich britischen Re- gierung einen Beitrag von 2 Milliarden Mark zu den allgemeinen Kriegskosten ange- boten. Die britische Regierung hat dies An- gebot mit Dank angenommen.

London, 1. März. Die Regierung hat beschlossen, daß alle Regierungen bea- mten zwischen 18 und 61 Jahren sich als Frei- willige für den nationalen Dienst ein- tragen lassen sollen, um im Notfall bereit zu sein.

Washington, 1. März. (Meldung des Reiterischen Büros.) Präsident Wilson und das Staatsdepartement sehen auf dem Stand- punkt, daß in der Angelegenheit der Tor- pedierung der „Laconia“ keine weiteren Schritte getan werden sollen, bis der Kongress Gelegenheit gehabt habe, den Präsidenten zur Bewaffung der Handels- schiffe zu ermächtigen. Das Kabinett hat be- sonders darauf hingewiesen, daß der Vor- schlag, die Bewaffung von Munition beför- denden Handelsschiffen nicht zu gestatten, un- erwünscht sein würde.

